

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

Bezeichnung der Maßnahme: Bebauungsplan Nr. 268 „Nördlich Emdener Straße an der Aschendorfer Dever“

Verfahrensgang: Ergänzendes Verfahren nach § 215a Abs. 2 und 3 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 1 Nr. 2 BauGB - Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange auf Basis der Vorprüfung des Einzelfalles

Beteiligungszeitraum: 25.01.2024 bis 12.02.2024

Behörde und Datum des Schreibens	Entscheidungsvorschlag
<p><u>Telekom Deutschland GmbH, Hannoversche Straße 6-8, 49084 Osnabrück</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 04.01.2023</u></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom hat bezüglich der o. g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.</p>	

<p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung: Die Hinweise betreffen nicht direkt das vorliegende Bauleitplanverfahren und werden im Rahmen der Tief- und Ausbauplanung beachtet. Im Rahmen der Ausführungsplanung erfolgt eine Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden.</p>
<p><u>EWE NETZ GmbH, Cloppener Straße 302, 26133 Oldenburg</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 26.01.2023</u></p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an einem anderen Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik.</p> <p>Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes</p>	<p>Die Hinweise werden ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung: Die Hinweise betreffen nicht direkt das vorliegende Bauleitplanverfahren und werden im Rahmen der Tief- und Ausbauplanung beachtet. Im Rahmen der Ausführungsplanung erfolgt eine Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden.</p>

mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 5m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Für einen eventuell später steigenden Leistungsbedarf könnte ein weiterer Stationsplatz und Leitungsverlegungen in den Versorgungstreifen erforderlich werden. Wir bitten Sie, dass bei Ihren Planungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ GmbH, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:

<https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebietserschliessung>

In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern.

<p>Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagenauskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren: https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</p>	
<p><u>Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Ofener Straße 60, 26121 Oldenburg</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 29.01.2024</u></p> <p>Wir erhalten unsere Stellungnahme zu der Planung vom 30.05.2022 (AZ: A5-57731_22/171) aufrecht.</p> <p><u>Stellungnahme vom 30.05.2022:</u></p> <p><i>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o. g. Planungen folgende Anregungen vorgetragen: Aus dem ehemals als Gärtnerei genutzten und nun zur Nachverdichtung vorgesehenen Plangebiet sind nach unserem derzeitigen Kenntnisstand keine archäologischen Funde und Befunde bekannt. Da derartige Fundplätze jedoch nie auszuschließen sind, sollte folgender Hinweis in die Planunterlagen aufgenommen und besonders beachtet werden: Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u. a. sein:</i></p>	<p>Die Stellungnahme wird beachtet.</p> <p>Erläuterung: Im Sinne der Stellungnahme wurde bereits im vorherigen Planverfahren ein entsprechender Hinweis in den Bebauungsplan aufgenommen. Dieser Hinweis bleibt bestehen.</p>

<p><i>Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege – Abteilung Archäologie – Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441 / 205766-15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig sind die Finder, die Leiter der Arbeiten oder die Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörden vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestatten.</i></p>	
<p><u>Landkreis Emsland, Hochbau, 49705 Meppen</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 15.02.2024</u></p> <p>Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><u>Naturschutz und Forsten</u></p> <p>Beim Bebauungsplangebiet handelt es sich um die ehemalige Stadtgärtnerei der Stadt Papenburg.</p> <p>Die Gebäude (Gewächshaus, Sozialräume, Garagen etc.) wurden bereits abgerissen. Verblieben ist ein Altbaumbestand, der sich in unterschiedlicher Dichte über das Plangebiet verteilt. Die Altbaumbestände und die mit den Beständen verbundenen Tierarten werden in den jeweiligen Gutachten und Fachplänen</p>	

<p>betrachtet, bewertet und im Bedarfsfall mit geeigneten Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen.</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht führt das Vorhaben sehr wahrscheinlich zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.</p> <p>Zur Bauleitplanung wird aus naturschutzfachlicher Sicht wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wurde bereits durchgeführt und mit den Planunterlagen vorgelegt.</p> <p>Nach dem Ergebnis der saP ist eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) durch das o. g. Vorhaben nicht zu erwarten. Es kommt nicht zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Art bzw. der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.</p> <p>Für die besonders geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und streng geschützten (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Arten, die im Untersuchungsgebiet kartiert wurden, sind in der Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) vorgesehen.</p> <p>Das sind im Einzelnen:</p> <p>Mindestens 6 Nisthilfen für die geschützte Brutvogelart „Star“ und mindestens 6 Fledermauskästen für baumbewohnende Fledermausarten.</p> <p>Die CEF-Maßnahmen sind ausdrücklich vor der Herrichtung und Erschließung des Bebauungsplangebietes umzusetzen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird beachtet.</p>
--	---

Die Nisthilfen und Fledermauskästen sind unter Mitwirkung von fachkundigem Personal (NABU etc.) an geeigneten Stellen und in räumlichen und funktionalem Bezug zu den verlorengelassenen Brut- und Lebensstätten anzubringen.

Die regelmäßige Wartung und Pflege der Nisthilfen und Kästen ist gemäß der Vorgabe der saP zu gewährleisten.

Die Umsetzung der CEF Maßnahmen ist in der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) anzuzeigen.

Die Herrichtung des Plangebietes erfolgt (gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG bzw. den Vorschriften des allgemeinen und besonderen Artenschutzes nach § 39 und § 44 Abs. 5 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit baum- und/oder gehölzbrütender Vogelarten, d. h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Juli.

Zur Vermeidung der Zerstörung von Gelegen haben notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben) zu erfolgen, d. h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Juli.

Zur Vermeidung von Verstößen gegen die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG hat die Fällung von Gehölzen nicht in der Zeit vom 1. März bis 30. September zu erfolgen.

Vor der Fällung potentieller Höhlenbäume ist von fachkundigem Personal der Biologie, der Ornithologie, der Landespflege etc. zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden.

Erläuterung:

Im Sinne der Stellungnahme erfolgt eine Umsetzung der CEF-Maßnahmen vor der Erschließung des Wohngebietes. Die Unterbringung der Nisthilfen und der Fledermauskästen erfolgt in Kooperation mit dem NABU Emsland. Dies umfasst auch die Pflege und Wartung.

Die Umsetzung der CEF-Maßnahmen wird der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) angezeigt.

Die weiteren Hinweise zum Artenschutz werden im Sinne der Stellungnahme beachtet.

Ergeben sich vor und/oder während der Umsetzungsphase Hinweise auf die Anwesenheit geschützter Arten, ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der UNB zu suchen.

Die abendliche/nächtliche Beleuchtung des Wohnbaugebietes ist fledermaus- und insektenfreundlich zu gestalten. Die Lichtimmissionen sind grundsätzlich auf ein unbedingt notwendiges Maß zu reduzieren. Die Beleuchtung ist so zu gestalten, dass eine Ausleuchtung angrenzender Grün- und Gehölzbereiche vermieden wird. Die Beleuchtung hat ausschließlich von oben zu erfolgen und ist so abzublenken, dass kein direktes Licht zu den Seiten ausgestrahlt wird. Eine Beleuchtung ist nur an Orten anzubringen, an denen sie benötigt wird, wenn möglich mit Bewegungsmelder bzw. Dimmer. Es sind insektenfreundliche Lampen und Leuchtmittel zu verwenden, die eine Temperatur von 60°C nicht über- und eine Wellenlänge von 590 nm nicht unterschreiten.

Naturschutzfachliche Belange:

Das ehemalige Gelände der Stadtgärtnerei ist von zahlreichen Altbaumbeständen durchsetzt. Insbesondere im nördlichen Bereich des ehemaligen Gärtnergeländes ist eine Vielzahl an ortsbildprägenden und ökologisch wertvollen Altbaumbeständen anzutreffen.

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes (§ 13 BNatSchG) gilt es, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden.

Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um Waldflächen, Baumreihen und Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu

erhalten. Die naturschutzfachliche Vorgabe ist in diesem Fall auf die zahlreichen Altbaumbestände zu beziehen.

Aus naturschutzfachlicher Sicht wird ein Großteil der Altbäume unter die Baumschutzsatzung der Stadt Papenburg erfasst, bewertet und kompensiert werden.

Im Erläuterungsbericht werden mehrere Pflanzlisten (z. B. Pflanzliste A, Pflanzliste B) aufgeführt. Die Pflanzlisten erhalten zahlreiche Arten, die nicht als heimisch oder standortgerecht gelten (z. B. asiatischer Herkunft).

Die nicht heimischen und/oder nicht standortgerechten Baum- und Straucharten sind im Sinne ökologisch wertvoller, vitaler und klimastabiler Gehölzstrukturen aus den Pflanzlisten zu streichen, zumal die Gehölzstrukturen auch als Kompensationspflanzungen dienen sollen. Beispielhaft ist hier die Pflanzliste B (Klimabäume) zu nennen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die Stellungnahme wird ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.

Erläuterung:

Bei der Gehölzzusammenstellung handelt es sich um gebietsfremde Arten, die im Stadtgebiet als standortgerecht gelten. Die Auswahl der Arten erfolgte aufgrund der klimatischen Veränderungen, die sich durch Hitze- und Trockenperioden auszeichnen und vermehrt zu einem Ausfall von heimischen Gehölzarten führen.

Entsprechend wird mit der festgesetzten Pflanzliste den klimatischen Veränderungen und den damit verbundenen Gehölzrückgang Rechnung getragen.

Die Anpflanzungen werden aus städtebaulichen Gründen – wie Durchgrünung Orts- und Landschaftsbild und positive Wirkung auf das Klima – festgesetzt. Vor diesem Hintergrund sind neben standortheimischen Arten auch nicht heimische Arten – die jedoch besonders robust in Hinblick auf den Klimawandel sind - gelistet (besonders Pflanzliste B). Sogenannte Klimabäume sind besonders resistent gegenüber Abgasen und fehlenden Niederschlag. Da die „Klimabäume“ resistenter sind, ist davon auszugehen, dass sie besser als standortheimische Bäume mit den äußerlichen Faktoren zurechtkommen. Gleich-

Im Westen des Plangebietes soll eine private Grünfläche ausgewiesen und als „Fläche mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern“ (PlanZV) festgesetzt werden. Gleichzeitig heißt es, dass für die Gewässerunterhaltung Gehölzstrukturen entfernt werden sollen/dürfen. Die Festsetzung und die Aussage sind aus naturschutzfachlicher Sicht widersprüchlich und daher inhaltlich in Einklang zu bringen. Aus naturschutzfachlicher Sicht wird es für zwingend erforderlich gehalten, derartige Flächen zur Sicherung, zum Schutz und zum dauerhaften Erhalt in öffentlicher Hand zu belassen.

zeitig wird so auch eine Anregung geschaffen, vermehrt „Klimabäume“ zu pflanzen und zur nachhaltigen Weiterentwicklung der städtischen Grünstrukturen beizutragen.

Die Hinweise werden ohne Planänderung zur Kenntnis genommen.

Erläuterung:

Entlang der westlichen Grenze des Geltungsbereiches wird eine private Grünfläche i.V.m. einer Erhaltung von vorhandenen Bäumen - „Umgrenzung von Flächen mit Bindungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB – festgesetzt, die der Abschirmung der künftigen Baukörper dienlich ist. Für spätere Gewässerunterhaltungsarbeiten soll ermöglicht werden, dass kleine, junge und kranke Gehölzstrukturen – die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen – entfernt werden können. Besondere Bäume – wie z.B. entsprechend der Baumschutzsatzung - sollen jedoch soweit möglich erhalten werden. Aus städtebaulichen Gründen kann in einem Bebauungsplan die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie die Erhaltung kleinerer, nicht unter die Wassergesetze fallender Gewässer - gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB - festgesetzt werden. Dies ist städtebaulich und nicht rein naturschutzfachlich zu begründen. Ein städtebaulicher Grund ist z.B. eine besondere Bedeutung der Vegetation für das Orts- und Landschaftsbild oder aus Gründen des Immissions- und Klimaschutzes. Nicht gerechtfertigt ist hingegen eine solche Festsetzung ausschließlich aus naturschutzfachlichen Gründen. Die Bäume, die im Bereich der privaten Grünfläche festgesetzt werden, werden aus städtebaulichen Gründen wie der Eingrünung der

<p>Forstfachliche Belange:</p> <p>Forstfachliche Belange werden von der Bauleitplanung nicht berührt.</p> <p><u>Immissionsschutz:</u></p> <p>Aus immissionsrechtlicher Sicht führt das Vorhaben sehr wahrscheinlich zu keinen erheblichen Umweltauswirkungen, insbesondere bezüglich des Schutzgutes Mensch, sofern die den passiven Schallschutz dienenden Maßnahmen, die durch das Büro für Lärmschutz empfohlen wurden, weiterhin in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes bestehen bleiben.</p>	<p>Baukörper und Durchgrünung des Plangebietes festgesetzt. Kleine und junge Bäume, die nicht unter die Baumschutzsatzung fallen, sowie kranke Bäume haben keine besondere Bedeutung für das Orts- und Landschaftsbild sowie für das Klima und können gegebenenfalls entfernt werden.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird beachtet.</p> <p>Begründung: Die textlichen Festsetzungen zum passiven Schallschutz bleiben Bestandteil des Bebauungsplanes.</p>
---	---

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg, Ringstraße 4, 26721 Emden

Stellungnahme vom 31.01.2024

Die Planungsunterlagen haben wir geprüft. Änderungswünsche sind uns nicht bekannt geworden.

Aus unserer Sicht sind daher keine Bedenken oder Ergänzungen anzumelden.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn

Stellungnahme vom 26.01.2024

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<p><u>Wasserverband Hümmling, Postfach 12 58, 49754 Werlte</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 06.02.2024</u></p> <p>Zur Vorprüfung des Einzelfalles hinsichtlich möglicher Umweltauswirkungen bei der o. g. Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine weiteren Hinweise, Anregungen oder Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><u>Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 06.02.2024</u></p> <p>Gegen den Planungsentwurf bestehen aus handwerklicher Sicht keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p><u>Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Bezirksstelle Emsland, Außenstelle Aschendorf-Hümmling, Dr.-Horstmann-Straße 7, 26871 Aschendorf</u></p> <p><u>Stellungnahme vom 07.02.2024</u></p> <p>Aufgrund der vorgelegten Unterlagen bestehen gegen das o. g. Vorhaben aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum Vorhaben wie folgt:</p> <p>Gegen das Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>